

1918 als Zäsur? Die wirtschaftliche Entwicklung und die Periodisierung der neueren Geschichte Ostmitteleuropas

Nikolaus Wolf

ABSTRACT

Was 1918 a break in the modern history of East-Central-Europe? While a look at the change in political and legal institutions suggests that it was indeed, the economic development of the region shows a striking continuity between 1890 and 1938. Per capita income continued to follow its pre-war trend of a very slow increase, and the pattern of trade flows changed surprisingly little. This paper suggests that 1918 can be seen as a structural break in terms of a coordination problem. The political actors after 1918 faced (and shaped) an environment that tended to be more democratic, but significantly less stable than prior to the war. Among the common aims of policymakers was it to meet the increased demand for public goods in their constituencies, such as better access to education and new amenities such as electricity or improvements to infrastructure. This implied efforts to realise the vast economic potential of the region and foster large-scale industrialisation, which in turn required access to foreign markets.

While the underlying problem is more general it can be illustrated for capital markets within the macroeconomic policy trilemma. Policymakers tried to re-introduce the Gold Standard after the war, hence keep markets open with fixed exchange rates in order to attract foreign capital. The latter was necessary given the massive capital-shortage of the region. But due to the institutional instability of the region, capital inflows were limited. Moreover, the Gold Standard strategy seriously limited the scope for domestic economic policies, such as short-run stabilisation in response to a crisis. With the great depression and the ensuing political radicalisation (not at least in Germany), the Gold Standard became untenable and was replaced by a system of trade and currency blocs. The economic expansion of the late 1930s did not reflect any solution to the coordination problem, but was largely driven by rearmament policies that foreshadowed the Second World War. It was not before the division of Europe that this coordination problem was settled, under the hegemony of the USA in the West and the USSR in the East. After 1945 we observe a break not only in the political and legal institutions but also in terms of economic development.

I. Einleitung

Der Erste Weltkrieg, hier verkürzt mit dem letzten Kriegsjahr 1918 gefasst, erscheint zunächst als ein offensichtlicher Bruch in der Entwicklung Ostmitteleuropas. Im Vergleich zu Westeuropa, dessen politisches System im Verlauf des Ersten Weltkriegs ebenfalls Veränderungen erfuhr, lassen doch der Zerfall der Habsburgermonarchie, die wieder- oder neugewonnene Staatlichkeit Polens und der Tschechoslowakei und die Veränderungen der Grenzen des Deutschen Reichs den Bruch mit der Vergangenheit viel schärfer wirken. Entsprechend stark ist die Historiographie Ostmitteleuropas von einer Gliederung in die Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg geprägt. Periodisierungen wie diese sind notwendig: „les periodisations servent a rendre les faits pensables“.¹ Zugleich sind sie aber immer problematisch. Zum einen läuft jede Periodisierung Gefahr, den Einfluss der jeweils herangezogenen Kriterien, in diesem Fall eines Strukturbruchs der politischen und rechtlichen Institutionen, auf die weitere historische Entwicklung zu überschätzen. Zum anderen verleitet jede Periodisierung dazu, Kontinuitäten in anderen Bereichen zu vernachlässigen. In diesem Beitrag wird argumentiert, dass genau diese Aspekte von grundlegender Bedeutung für ein Verständnis der wirtschaftlichen Entwicklung Ostmitteleuropas und des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und institutionellen Rahmenbedingungen im 20. Jahrhundert sind.

Im Folgenden soll die Entwicklung der Staatenkonfiguration Ostmitteleuropas, insbesondere die Veränderungen der Staatsgrenzen und der politischen Partizipation in Bezug zur wirtschaftlichen Entwicklung zwischen etwa 1900 und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs gesetzt werden. Im Anschluss daran wird der Versuch unternommen, diese Beziehung neu zu interpretieren als Koordinationsproblem zwischen politischen Akteuren. Am Ende stehen einige Überlegungen zur Frage der Periodisierung.

II. 1918 als Strukturbruch von Institutionen und Infrastruktur

Der Ausgang des Ersten Weltkrieges brachte eine umfassende Neuordnung der Staatenkonfiguration Europas mit sich. Um nur die größten Veränderungen zu benennen: Österreich-Ungarn, das 1913 noch 13 % der Bevölkerung Europas und immerhin zehn Prozent seiner gesamten Wirtschaftsleistung darstellte, fiel auseinander. Es wurde zergliedert in zwei kleine Rumpfstaaten Österreich und Ungarn, einen neugeschaffenen Staat Tschechoslowakei als Zusammenschluss der ehemaligen Kronländer Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien sowie der Slowakei (ehemals Oberungarn) und der Karpateukraine, ein wiederhergestelltes Polen; bestehend im wesentlichen aus den drei alten Teilungsgebieten sowie Teilen Oberschlesiens, Litauens, Weißrusslands und der Ukraine; und das süd(=jugo)slawische Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. Das Deutsche Reich verlor damit das ehemalige preußische Teilungsgebiet und Ost-Oberschlesien

1 K. Pomian, *L'Ordre du temps*, Paris 1984, S. 162.

an den neuen polnischen Staat, sowie unter anderem das Reichsland Elsass-Lothringen an Frankreich. Auf dem Territorium des untergegangenen russischen Zarenreichs entstanden neben Polen auch Estland, Lettland, Litauen und Finnland als unabhängige Staaten.

Mit dieser verwirrenden Vielzahl territorialer Veränderungen war eine weitgehende Umverteilung politischer Macht verbunden – ein Prozess der zunächst zumindest als „Demokratisierung“ beschrieben werden kann und mit der Notwendigkeit verbunden war, die rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen sowie Infrastrukturen den neuen Staatsgrenzen anzupassen. Eine Darstellung der Neuordnung der politischen Verhältnisse kann hier nur ganz summarisch gegeben werden. Dabei liegt es nahe, auf Ergebnisse der empirischen Politikwissenschaften zurückzugreifen, um politische Regime zu charakterisieren und zugleich deren Veränderungen vergleichend sichtbar zu machen. Marshall und Jagers etwa entwickelten das sog. Polity IV Projekt mit dem Ziel die Veränderungen der politischen Regimes Europas vergleichend abzubilden. In ihrem Ansatz beschreiben sie ein politisches Regime in mehreren Dimensionen, darunter „institutionalized democracy“, „institutionalized autocracy“ sowie „polity“ als Zusammenfassung beider.² Für das Modell der „institutionalized democracy“ werden etwa der Zugang zur Exekutive, Beschränkungen der Exekutive und der Wettbewerbscharakter der politischen Partizipation erfasst, während das Modell der „institutionalized autocracy“ darüber hinaus Beschränkungen für die Spitze der Exekutive und den Charakter von Regulierungen der politischen Partizipation einbezieht. Das Konzept „polity“ fasst beides zusammen und beschreibt das politische Regime zwischen reifer Demokratie (10) und vollständiger Autokratie (-10).

Die politische Landschaft Ostmitteleuropas veränderte sich nach dem Ersten Weltkrieg entlang nahezu all dieser Dimensionen ganz grundlegend. Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn, die im 19. Jahrhundert einen mehr oder minder ausgeprägten Prozess der allmählichen Demokratisierung erlebten, allerdings ohne eine effektive demokratische Partizipation der Masse der Bevölkerung zu erreichen, kollabierten unter inneren Konflikten und der Belastung des Krieges. Auf den Territorien, die in der Folge verloren wurden, entstanden neue politische Systeme. Dieser Wandel war zunächst von einer weitgehenden „Demokratisierung“ sowohl der alten als auch der neuen Staaten geprägt. Die Tabellen 1 und 2 zeigen diese Entwicklung anhand der Indikatoren „institutionalized democracy“ und „polity“ für den Zeitraum 1900–1937 für Ostmitteleuropa mit Russland (bis 1922) sowie Großbritannien.³

2 Siehe M. G. Marshall / K. Jagers, POLITY IV Project. Political Regime Characteristics and Transitions, 1800–2004. Dataset Users' Manual, George Mason University 2005, S. 12 ff.

3 Dabei wurden Ungarn und Österreich schon im Polity Projekt getrennt behandelt. Die Werte für die Tschechoslowakei vor 1918 folgen denen Österreichs während für Polen vor 1918 die Werte für die drei Teilungsmächte mit dem jeweiligen Bevölkerungsanteil des Teilungsgebiets gewichtet zusammengefasst wurden.

Tabelle 1: Institutionalized Democracy, 1900–1937
(eigene Berechnungen nach Marshall und Jagger 2005)

	Deutsches Reich	Russland	Österreich	Ungarn	Tschechoslowakei	Polen	Großbritannien
1900	4	0	1	1	1	0.87	7
1901	4	0	1	1	1	0.87	8
1902	4	0	1	1	1	0.87	8
1903	4	0	1	1	1	0.87	8
1904	4	0	1	1	1	0.87	8
1905	4	0	1	1	1	0.87	8
1906	4	1	1	1	1	1.44	8
1907	4	1	1	1	1	1.44	8
1908	4	1	1	1	1	1.44	8
1909	5	1	1	1	1	1.59	8
1910	5	1	1	1	1	1.59	8
1911	5	1	1	1	1	1.59	8
1912	5	1	1	1	1	1.59	8
1913	5	1	1	1	1	1.59	8
1914	5	1	1	1	1	1.59	8
1915	5	1	1	1	1	1.59	8
1916	5	1	1	1	1	1.59	8
1917	5	1	1	1	1	1.59	8
1918	5	1	1	1	7	8	8
1919	6	1	8	0	7	8	8
1920	6	1	8	1	7	8	8
1921	6	1	8	1	7	8	8
1922	6	1	8	1	7	8	10
1923	6	Na	8	1	7	8	10
1924	6	Na	8	1	7	8	10
1925	6	Na	8	1	7	8	10
1926	6	Na	8	1	7	2	10
1927	6	Na	8	1	7	2	10
1928	6	Na	8	1	7	2	10
1929	6	Na	8	1	7	2	10
1930	6	Na	8	1	7	2	10
1931	6	Na	8	1	7	2	10
1932	6	Na	8	1	7	2	10
1933	0	Na	8	1	7	2	10
1934	0	Na	0	1	7	2	10
1935	0	Na	0	1	7	0	10
1936	0	Na	0	1	7	0	10
1937	0	Na	0	1	7	0	10

Das Jahr 1918 wird als dramatischer Einschnitt sichtbar, der ganz Ostmitteleuropa aber auch westliche Staaten wie Großbritannien betraf. Auffallend ist der Umstand, dass alleine Ungarn nicht an diesem Demokratisierungsprozess teilnahm und dass die neuen Demokratien kurzlebig waren: nur in der Tschechoslowakei gelang es, die Demokratie bis über die Weltwirtschaftskrise hinaus zu stabilisieren. Die Gesellschaften Ostmitteleuropas standen damit 1918 vor enormen Herausforderungen. Sie mussten nicht nur den Übergang in ein neues, bis auf Ungarn nach der Niederschlagung der Räterepublik demokratisches System gestalten, sondern dieses System auch an die dramatisch veränderten Territorialgrenzen anpassen. Als Otto Mayer 1924 im Vorwort zur Neuauflage

seines Lehrbuchs „Deutsches Verwaltungsrecht“ schrieb: „Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht“⁴, traf dies damals allenfalls auf das Deutsche Reich zu.

Tabelle 2: „Polity“, 1900–1937 (eigene Berechnungen nach Marshall und Jagger 2005)

	Deutsches Reich	Russland	Österreich	Ungarn	Tschechoslowakei	Polen	Großbritannien
1900	1	-10	-4	-4	-4	-6.67	7
1901	1	-10	-4	-4	-4	-6.67	8
1902	1	-10	-4	-4	-4	-6.67	8
1903	1	-10	-4	-4	-4	-6.67	8
1904	1	-10	-4	-4	-4	-6.67	8
1905	1	-8	-4	-4	-4	-5.53	8
1906	1	-6	-4	-4	-4	-4.39	8
1907	1	-6	-4	-4	-4	-4.39	8
1908	1	-6	-4	-4	-4	-4.39	8
1909	2	-6	-4	-4	-4	-4.24	8
1910	2	-6	-4	-4	-4	-4.24	8
1911	2	-6	-4	-4	-4	-4.24	8
1912	2	-6	-4	-4	-4	-4.24	8
1913	2	-6	-4	-4	-4	-4.24	8
1914	2	-6	-4	-4	-4	-4.24	8
1915	2	-6	-4	-4	-4	-4.24	8
1916	2	-6	-4	-4	-4	-4.24	8
1917	2	-1	-4	-4	-4	-1.38	8
1918	4	-1	0	-6	7	8	8
1919	6	-1	4	-7	7	8	8
1920	6	-1	8	-1	7	8	8
1921	6	-1	8	-1	7	8	8
1922	6	-1	8	-1	7	8	10
1923	6	Na	8	-1	7	8	10
1924	6	Na	8	-1	7	8	10
1925	6	Na	8	-1	7	8	10
1926	6	Na	8	-1	7	-3	10
1927	6	Na	8	-1	7	-3	10
1928	6	Na	8	-1	7	-3	10
1929	6	Na	8	-1	7	-3	10
1930	6	Na	8	-1	7	-3	10
1931	6	Na	8	-1	7	-3	10
1932	6	Na	8	-1	7	-3	10
1933	-9	Na	-1	-1	7	-3	10
1934	-9	Na	-9	-1	7	-3	10
1935	-9	Na	-9	-1	7	-6	10
1936	-9	Na	-9	-1	7	-6	10
1937	-9	Na	-9	-1	7	-6	10

Polen zum Beispiel erbt die höchst unterschiedlichen Verwaltungs- und Rechtssysteme Österreich-Ungarns, Russlands und des Deutschen Reichs. Der junge polnische Staat, der sich noch bis 1921 im Krieg mit russischen Truppen befand, stand vor dem Problem, drei Systeme von Zivilrecht, Strafrecht und Verwaltungsrecht, dazu fünf unterschiedliche Währungen zusammenzuführen. Nicht zu vergessen ist die Infrastruktur, die zur Verlagerung der Truppen und zur Versorgung der Städte dringend vereinheitlicht werden musste. Beispielsweise galt es Eisenbahnenlinien mit unterschiedlichen Spurweiten im

ehemals russischen und deutschen sowie habsburgischen Landesteilen in ein einziges neues System zu integrieren.⁵ Ein solches Infrastrukturproblem bestand ganz allgemein für die neuen Staaten. Die politischen und wirtschaftlichen Zentren Prag, Warschau, Budapest, Bukarest und Belgrad waren 1914 entweder überhaupt nicht, oder nur schlecht mit Eisenbahnen verbunden. Beispielsweise existierten zwar exzellente Eisenbahnverbindungen von allen Zentren Ostmitteleuropas nach Wien und Berlin, aber es fehlten direkte Verbindungen zwischen Prag und Bratislava, resp. Budapest, Prag und Belgrad, Warschau und Belgrad oder Warschau und Bukarest (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Direkte Eisenbahnverbindungen zwischen den Zentren Ostmitteleuropas 1914–1935

	Jahr	Berlin Dauer (Anzahl pro Woche)	Wien Dauer (Anzahl pro Woche)	Prag Dauer (Anzahl pro Woche)	Warschau Dauer (Anzahl pro Woche)
Prag	1914	6.27 (70)	5.28 (133)		19.83 (14)
	1935	5.7 (56)	6 (77)		13.27 (28)
Warschau	1914	10.55 (30)	14.7 (28)	19.83 (14)	
	1935	8.47 (48)	12.78 (28)	13.27 (28)	
Budapest	1914	17.07 (42)	4.23 (98)	– (0)	21.53 (14)
	1935	15.45 (42)	2.97 (89)	9.53 (28)	15.78 (14)
Bukarest	1914	33.08 (14)	22.72 (28)	36.47 (14)	– (0)
	1935	30.25 (28)	19.87 (56)	32.45 (28)	24.08 (14)
Belgrad	1914	26.07 (14)	11.12 (28)	– (0)	– (0)
	1935	23.13 (20)	11.88 (28)	17.22 (6)	23.47 (14)

Quelle: T. J. Howkins, The adjustment of international rail passenger services to new state boundaries – the Eastern Marchlands of Europe 1918–39, in: *Journal of Transport Geography* Vol. 7 (1999), S. 147-158.

Sowohl die Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen als auch die der Infrastruktur folgten allerdings nicht nur der Notwendigkeit einer Vereinheitlichung und Anpassung an die neuen Territorialgrenzen. Vielmehr waren diese Entwicklungen geprägt von einer grundlegend neuen Artikulation politischer und auch wirtschaftlicher Interessen, die bis 1918 nur teilweise oder überhaupt nicht durchsetzbar waren. Ein zentraler Gegenstand dieser politischen und wirtschaftlichen Interessen lag in der Schaffung sozialer Sicherungssysteme und der Bereitstellung öffentlicher Güter, die nicht nur die Verkehrsinfrastruktur, sondern auch Schulen und Hochschulen, Bibliotheken, Theater, Krankenhäuser und Elektrizitätswerke umfassten. Die Ausstattungsdichte Ostmitteleu-

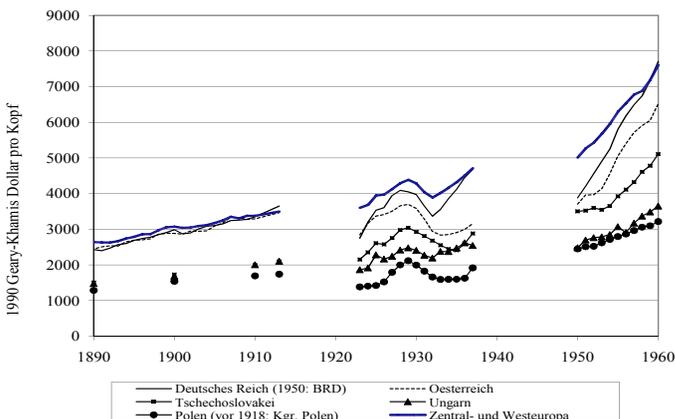
5 Siehe dazu Z. Landau, Integracja Gospodarcza Polski w Latach 1918–1923, in: *Studia Historyczne* XXXIII (1992) 1, S. 63-76 und Ch. Kopper, Den Rücken zugewandt? Deutsch-polnische Verkehrsbeziehungen 1920 bis 2000, in: D. Bingen/P.O. Loew/N. Wolf (Hrsg.), *Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900–2000* (Veröffentlichungen des Deutschen Polen Instituts, Darmstadt), Wiesbaden 2008, S. 47-57.

ropas mit öffentlichen Gütern war im Vergleich zu Mittel-, Nord- und Westeuropa gering, die politische Nachfrage der jungen Demokratien danach war dagegen gewaltig.

III. 1918 als Strukturbruch der wirtschaftlichen Entwicklung

Die Wirtschaft Ostmitteleuropas wird hier aus zweierlei Perspektiven betrachtet. Zum einen geht es um die Entwicklung der einzelnen Staaten beziehungsweise Territorien Ostmitteleuropas zwischen etwa 1890 und dem Zweiten Weltkrieg. Zum anderen geht es um Ostmitteleuropa als Wirtschaftsraum und damit um die Verflechtung der einzelnen Staaten (Territorien) untereinander. Einen Überblick die wirtschaftliche Situation der Einzelstaaten betreffend verschaffen Maddisons Schätzungen zum Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftparitäten, also bereinigt um Effekte unterschiedlicher Preisniveaus und Währungen.⁶ Die Angaben beruhen im Wesentlichen auf Statistiken zur landwirtschaftlichen und industriellen Produktion und müssen als Näherung an die tatsächlichen Zahlen gesehen werden. Die Darstellung pro Kopf bietet sich an, um die sehr unterschiedlich großen Staaten untereinander und zeitlich über die Grenzverschiebungen hinweg zumindest grob vergleichen zu können. Dabei wird auf eine Darstellung von Schätzungen für 1913–1922 und 1938–1949 verzichtet weil die statistischen Grundlagen hierfür nicht ausreichend sind.

Abb. 1: Schätzungen für das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Ostmitteleuropa 1890–1960 (nach Maddison 2007 und Roses und Wolf 2010)



Bei der Betrachtung von Abbildung 1 fällt der Erste Weltkrieg weniger als Strukturbruch, sondern als Beginn einer Phase verstärkter Schwankungen auf. Ungarn und die Tschechoslowakei entwickelten sich 1923–1937 offenbar entlang eines Trends, wie er seit dem späten 19. Jahrhundert sichtbar war, während Polen und auch Österreich unter diesem Potential blieben.⁷ Nicht der Erste Weltkrieg sondern das Ende des Zweiten Weltkriegs scheint einen eindeutigen Strukturbruch hin zu beschleunigter Entwicklung zu markieren. Es ist bemerkenswert, wie sehr die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Ostmitteleuropas trotz der dramatischen Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen derjenigen Mittel- und Westeuropas ähnelt; keinem der neuen Staaten Ostmitteleuropas gelang es, die neue politische Unabhängigkeit für einen wirtschaftlichen Aufholprozess zu nutzen. Vielmehr scheinen alle europäischen Wirtschaftsräume zumindest bis zum Ende der Weltwirtschaftskrise ganz weitgehend dem gleichen Muster zu folgen.⁸

Das führt uns zu einer Betrachtung der wirtschaftlichen Verflechtung Ostmitteleuropas. Die Historiographie ist bisher davon ausgegangen, dass die Veränderung der politischen Grenzen im Zuge des Ersten Weltkriegs zu einer dramatischen Entflechtung („Desintegration“) Europas und insbesondere Ostmitteleuropas führte. In der Regel wird dabei eine weitreichende wirtschaftliche Verflechtung Europas und der weiteren Weltwirtschaft bis 1914 mit der Zwischenkriegszeit kontrastiert, die durch neue Grenzbarrieren, Protektionismus und einen Rückfall in eine ausschließlich an nationalen Zielen orientierte Wirtschaftspolitik. John Maynard Keynes etwa zeichnete in *The Economic Consequences of the Peace* (London 1920), seiner umfassenden Kritik der Friedensverträge von 1919, das Bild eines wohlgeordneten und tief verflochtenen Wirtschaftsraums Ostmitteleuropa vor 1914, der durch die Verträge brutal zerrissen wurde. Da diese Sicht von Keynes für Generationen prägend war, soll sie hier wiedergegeben werden:

The interference of frontiers and of tariffs was reduced to a minimum, and not far short of three hundred million people lived within the three Empires of Russia, Germany and Austria-Hungary. The various currencies, which were all maintained on a stable basis in relation to gold and to one another, facilitated the easy flow of capital and of trade to an extent the full value of which we only realise now, when we are deprived of its advantages. Over this great area there was an almost absolute security of property and of person. (...) This is too well known to require detailed substantiation with figures.⁹

7 Allerdings können Maddisons Schätzungen für das Niveau vor 1914 auch schlicht etwas zu hoch ausgefallen sein. Zu einer Revision der Schätzungen für Österreich siehe M. Schulze, *Origins of catch-up failure: comparative productivity growth in the Habsburg Empire, 1870–1910*, in: *European Review of Economic History*, Vol. 11 (2007) 2, S. 189–218.

8 Für einen Überblick zur wirtschaftlichen Entwicklung Europas in der Zwischenkriegszeit vgl. J. R. Roses/N. Wolf, *Aggregate Growth 1913–1950*, in: S. Broadberry/K. H. O'Rourke (Hrsg.), *The Cambridge Economic History of Modern Europe*, Vol. 2. 1870 to the Present, Cambridge University Press 2010.

9 J. M. Keynes, *The Economic Consequences of the Peace*, London 1920, S. 13–14.

Diese Darstellung wurde nicht nur von vielen Zeitgenossen, sondern auch von der bisherigen Forschung weitgehend unkritisch übernommen.¹⁰ Es sei hier nur am Rande darauf hingewiesen, dass die Mehrzahl der Wirtschaftshistoriker Keynes auch darin folgt, die Frage nach politischer Partizipation in Ostmitteleuropa vor 1914 auszublenden. Aber entgegen Keynes' Versicherung ("too well known") wissen wir überraschend wenig über die wirtschaftliche Verflechtung Europas oder Ostmitteleuropas vor und nach 1918. Das liegt im Wesentlichen daran, dass bisher weder die Quellen noch die statistischen Methoden für eine systematische Analyse zur Verfügung standen. Zwei Untersuchungen, die mit unterschiedlichen Methoden jeweils neu zusammengestellte historische Quellen analysieren – in einem Fall mit Bezug auf Österreich-Ungarn und die Nachfolgestaaten der Monarchie, im anderen mit Bezug auf ganz Ostmitteleuropa –, führen zu überraschenden Ergebnissen.¹¹ Demnach wies der Wirtschaftsraum Ostmitteleuropa schon seit Mitte der 1880er Jahre „Sollbruchstellen“ auf, die im Wesentlichen entlang der zukünftigen neuen Grenzen verliefen und zum Teil auf Bemühungen um eine ethnisch geprägte „nationale“ Wirtschaftsorganisation zurückgeführt werden können. Die tatsächliche Veränderung der Grenzen zwischen 1918 und etwa 1923 hatte entsprechend nur einen schwachen Desintegrationseffekt, weil diese Veränderung in der wirtschaftlichen Verflechtung schon vorweggenommen war. Allerdings bereiteten die neuen staatlichen Strukturen die Grundlage für eine weitergehende Desintegration in Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise von 1929–1933 vor.

Österreich-Ungarn war angesichts der ethnischen Vielfalt seiner Bevölkerung, des wirtschaftlichen Entwicklungsgefälles zwischen den Kronländern und schließlich auch der Verteilung politischer Macht repräsentativ für Ostmitteleuropa insgesamt. Die Wahrscheinlichkeit, dass zwei Bewohner der größten zwanzig Städte der Monarchie die gleiche Muttersprache sprachen, lag für den Zeitraum 1880–1910 bei unter 20 Prozent. Wenig überraschend ist die Historiographie zur Geschichte Österreich-Ungarns bis heute von Fragen geprägt, die andere Teile Ostmitteleuropas in ähnlicher Weise betreffen. Insbesondere die Frage, ob das Reich an sich stabil und im Wesentlichen erst durch die Last des Krieges auseinanderbrach¹², oder ob innere Konflikte diesen Zerfall vorangetrieben haben¹³ wird weiter diskutiert. Anhand der Dynamik von Getreidepreisen lässt sich zeigen, dass zwar rein technisch durch Eisenbahnen und neue Kommunika-

10 Vgl. C. H. Feinstein/P. Temin/G. Toniolo, *The European economy between the Wars*, Oxford, Oxford University Press 1997. Eine Ausnahme ist J. Nautz, *Between Political Disintegration and Economic Reintegration. Austrian trade relations with the successor states after World War I*, in: D. F. Good (Hrsg.) *Economic Transformations in East and Central Europe*, Routledge, London/New York 1994, S. 261–276.

11 M.-S. Schulze/N. Wolf, *Economic nationalism and economic integration: the Austro-Hungarian empire in the late nineteenth century*, LSE Working Paper 2009 und H.-Ch. Heinemeyer/M.-S. Schulze/N. Wolf, *Endogenous Borders? Exploring a Natural Experiment on Border Effects*, in: CEPR Discussion Paper No. 6909, CEPR London 2008.

12 S. Sked, *The decline and fall of the Habsburg Empire, 1815–1918*, Harlow 2001; D. F. Good, *The economic rise of the Habsburg Empire, 1750–1918*, Berkeley 1984.

13 S. Wank, *The Habsburg Empire*, in: K. Barkey/M. von Hagen (Hrsg.), *After empire. Multiethnic societies and nation-building. The Soviet Union and the Russian, Ottoman, and Habsburg Empires*, Boulder 1997; O. Jászi, *The Dissolution of the Habsburg Monarchy*, Chicago 1929; S. G. Kornish, *Constitutional aspects of the struggle bet-*

tionsmittel die Integration der Märkte in der Zeit 1880–1914 voranschritt. Allerdings entwickelte sich diese Integration zunehmend asymmetrisch in Folge eines wachsenden Einflusses ethnischer Abgrenzungsbestrebungen auf die Märkte, die mehr oder weniger institutionalisierte Formen wie Verkaufs- und Kreditgenossenschaften¹⁴ oder Boykottbewegungen¹⁵ annahmen. Seit etwa 1885–1890 war der Einfluss dieser ethnischen Organisationsformen so stark, dass sich die zukünftigen Grenzveränderungen aus dem Integrationsmuster der Getreidemärkte abzeichneten.¹⁶

Wenn man die Untersuchung auf ganz Ostmitteleuropa und über Getreide hinaus auf Rohstoffe wie Kohle sowie Industrieprodukte wie Maschinen und chemische Produkte erweitert, ergibt sich ein ähnliches Bild. Die detaillierten Statistiken über Transporte auf Eisenbahnen erlauben eine Untersuchung regionaler Transportströme über den Bruch des Ersten Weltkriegs hinweg. So lässt sich etwa die Verflechtung Galiziens mit dem Königreich Polen, Großpolen oder auch mit der Provinz Brandenburg für den gesamten Zeitraum seit 1885 bis in die 1930er Jahre hinein verfolgen. Dabei zeigt sich, dass diejenigen Regionspaare, die nach dem Ersten Weltkrieg durch eine neue Staatsgrenze getrennt wurden (etwa Brandenburg und Großpolen) bereits vor 1914 relativ zum gesamten Wirtschaftsraum Ostmitteleuropa und systematisch schwächer miteinander integriert waren.¹⁷ Auch hier scheinen Bestrebungen um eine „nationale“ Wirtschaft entlang ethnischer Trennlinien eine Rolle gespielt zu haben.¹⁸

Dieser seit Mitte des 19. Jahrhunderts aufblühende Wirtschaftsnationalismus in Ostmitteleuropa hatte seine Ursprünge in einem zunehmend erkennbaren Wohlstandsgefälle zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen gepaart mit tatsächlicher und empfundener Diskriminierung im Zugang zu Ressourcen wie Boden, Kapital und Bildung, sowie nicht zuletzt im Zugang zu öffentlichen Ämtern. Diese ethnische Diskriminierung nahm dabei in Österreich-Ungarn, dem Deutschen Reich und Russland die unterschiedlichsten Formen an, die von dem fehlenden Einschreiten des Staates gegen eine ethnisch-orientierte Kreditvergabe von Banken in Böhmen¹⁹, über Diskriminierung mittels

ween Germans and Czechs in the Austro-Hungarian Monarchy, in: *Journal of Modern History* Vol. 21 (1949), S. 231–61.

14 T. Lorenz (Hrsg.), *Cooperatives in ethnic conflicts: Eastern Europe in the 19th and early 20th century*, Berlin 2006.

15 R. Jaworski, Zwischen ökonomischer Interessenvertretung und national-kultureller Selbstbehauptung. Zum Wirtschaftsnationalismus in Ostmitteleuropa vor 1914, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* (2004), S. 257–68.

16 M.-S. Schulze/N. Wolf, *Economic nationalism* (Anm. 11).

17 Dies gilt nach Berücksichtigung anderer Faktoren wie relativer Wirtschaftskraft oder Entfernungen. Zur Entwicklung der wirtschaftlichen Verflechtung der deutschen Ostgebiete in das Reich vor 1914 siehe auch U. Müller, *Integration and Disintegration. The Eastern Provinces of the German Empire between National Economy and East-Central European Regional Division of Labour*, in: U. Müller/H. Schultz (Hrsg.), *National Borders and Economic Disintegration in Modern East Central Europe*, Berlin 2002.

18 Vgl. Heinemeyer/Schulze/Wolf, *Endogenous Borders?* (Anm. 11).

19 Vgl. E. Kubů, *Wirtschaftsnationalismus in Parteiprogrammen der böhmischen Länder und der ersten Tschechoslowakischen Republik*, in: A. Pogany/E. Kubů/J. Kofman (Hrsg.), *Für eine nationale Wirtschaft. Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg*, Berlin 2006, S. 76.

Sprache und anderen Instrumenten im Zugang zu Bildung²⁰ bis zur Zwangsumsiedlung von Polen aus den preußischen Ostprovinzen 1885²¹ und der Inhaftierung nationaler Aktivisten (wie etwa Pilsudski in Russland 1888) reichte.

Die Ausstattung Ostmitteleuropas mit öffentlichen Gütern hinkte derjenigen Mittel- und Westeuropas hinterher, was sowohl Folge wirtschaftlicher Rückständigkeit als auch einer gewissen staatlichen Vernachlässigung durch die Machtzentren in Berlin, Moskau oder Wien war und die Rückständigkeit weiter verschärfte.²² Als Beispiel unter vielen kann die Zahl der Universitäten und Studierenden herangezogen werden. Nach der Niederschlagung des Novemberaufstands wurde 1831 mit der Universität Warschau die einzige Hochschule im Königreich Polen geschlossen, zwar im Zuge des Tauwetters nach dem Krimkrieg 1857 wiedereröffnet, jedoch nur mit eingeschränktem Lehrbetrieb der ab 1870 zudem nur in russischer Sprache abgehalten wurde.²³ Im preußischen Teilungsgebiet existierte lediglich die 1903 gegründete Königliche Akademie, die allerdings nicht den Status einer Universität hatte.²⁴ Dagegen konnte Galizien, das habsburgische Teilungsgebiet Polens, mit Lemberg und Krakau immerhin zwei Universitäten vorweisen, die auch umfangreiche Forschungs- und Lehraktivitäten entfalten konnten. Nach Askenazy zählte im Jahre 1904 die Universität Lemberg 1933 Studierende, die Universität Krakau 1817, die Universität Warschau dagegen lediglich 1100.²⁵ Damit kamen im Jahr 1904 bei einer geschätzten polnischen Bevölkerung von etwa 24 Millionen²⁶ gerade zwei Studenten pro 10000 Einwohner. Für das Deutsche Reich lag diese Zahl 1904 bei immerhin etwa zehn.²⁷ Ein ganz ähnliches Bild ergibt sich nach anderen Indikatoren, etwa der Dichte des Eisenbahnnetzes um 1913.

Darstellungen der wirtschaftlichen Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1918 betonen in der Regel die ungeheuren Schwierigkeiten, denen sich die neuen Staaten stellen mussten.²⁸ Dabei besteht die Gefahr, das gewaltige Wachstumspotential dieser Region zu unterschätzen, das bereits in den 1920er Jahren vorbereitet, in der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs nur teilweise zerstört und erst danach langsam realisiert wurde.²⁹ Nur eine Einschätzung dieses Potentials lässt deutlich werden, was schon bis zur Weltwirtschafts-

20 Vgl. Ferdinande Knabe, Sprachliche Minderheiten und nationale Schule in Preussen zwischen 1871 und 1933: eine bildungspolitische Analyse, Münster 2000.

21 Vgl. H.-U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 3: 1849–1914, München 1995, S. 963 f.

22 Zum komplexen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, politischen Rahmenbedingungen und öffentlichen Gütern siehe den grandiosen Überblick bei P. Lindert, *Growing Public. Social Spending and Economic Growth Since the Eighteenth Century*, Cambridge 2004.

23 Siehe Sz. Askenazy, *Uniwersytet Warszawski*, Warschau 1905, S. 9 ff.

24 Ch. Schröder, Planung und Gründung der Königlichen Akademie zu Posen 1897–1903, in *Studia Historia Slavico-Germanica* Vol. 25 (2003), S. 73-99.

25 Sz. Askenazy, *Uniwersytet Warszawski* (Anm. 23), S. 18.

26 N. Wolf, Local Comparative Advantage: agriculture and economic development in Poland, 1870–1973, in: P. Lains/V. Pinilla (Hrsg.) *Agriculture and Economic Development in Europe since 1870*, London/New York 2008, S. 255-286, hier S. 262.

27 B. R. Mitchell, *European Historical Statistics*, New York 1976, S. 772.

28 Vgl. D. H. Aldcroft, *Europe's Third World*, Aldershot, Ashgate 2006; I. T. Berend/G. Ranki, *Economic Development in East Central Europe in the 19th and 20th Centuries*, New York 1974.

29 Vgl. J. R. Roses/N. Wolf, *Aggregate Growth 1913–1950* (Anm. 8).

krise durch mangelnde politische Kooperation und anschließend Aggression und Krieg verloren ging. Einige Beispiele zum Wandel von Infrastruktur, Technologie und Bildung sollen dies veranschaulichen. Tabelle 4 zeigt die Entwicklung des Eisenbahnnetzes Ostmitteleuropas 1913–1937.

Tabelle 4: Eisenbahnnetz in km (in Klammern km pro 1000 km²)

		1913	1928	1936
1	Polen 1913: Kgr. Polen	3596 (26)	–	–
2	Polen 1913: Galizien	4120 (52)	–	–
3	Polen 1913: Posen und Westpommern	5140 (120)	–	–
4	Polen (= Summe aus 1-3)	12856 (49)	–	–
5	Polen (Grenzen von 1922)	18323 (47)	19495 (50)	20181 (52)
6	Österreich (Grenzen von 1921)	5286 (63)	6688 (78)	6702 (80)
7	Ungarn (Grenzen von 1921)	6665 (72)	8617 (93)	8657 (93)
8	Tschechoslowakei (Grenzen von 1921)	10801 (77)	13567 (97)	13595 (97)
9	Österreich-Ungarn (= Summe aus 6-8)	22981 (72)	–	–
10	Deutsches Reich (Grenzen von 1921)	57935 (123)	58223 (124)	58967 (125)
11	Russland (Grenzen von 1923)	58500 (3)	76900 (4)	85100 (4)

Quellen: B. R. Mitchell, *European Historical Statistics*, Columbia University Press, New York 1976, S. 581 ff., *Historia Polski w liczbach*, S. 92 ff., *Statistisches Handbuch der Weltwirtschaft* (1936) und eigene Berechnungen.

Wenngleich man in einigen Bereichen auf Schätzungen angewiesen ist, wird deutlich, dass das Schienennetz Ostmitteleuropas nach 1918 wuchs, während es in Westeuropa auf hohem Niveau stagnierte. Gleichzeitig konnten aber die Staaten Ostmitteleuropas bis 1936 nicht das (hohe) Niveau Deutschlands erreichen. Die tatsächliche Verbesserung der Infrastruktur können mit diesen Angaben zum Schienennetz jedoch nicht vollständig abgebildet werden. Beispielsweise wurden wirtschaftliche Zentren erstmals direkt verbunden (siehe Tab. 1), Streckenführungen vereinfacht und mit modernen Lokomotiven deutlich kürzere Fahrtzeiten erreicht. Eine neue, kürzere Linie von Krakau nach Warschau, die 1934 eröffnet wurde, reduzierte die Strecke um 12%, die Fahrtzeit allerdings um 33%.³⁰ Solche Entwicklungen im Bahnnetz hatten auch deshalb grundlegende Bedeutung, weil eine industrielle Entwicklung mit dem Stand der verfügbaren Technologie noch weitgehend von der Versorgung mit dem Energieträger Kohle abhing, und somit also von guten Bahnverbindungen zu den Binnen- und Seehäfen sowie den Kohlerevieren. Aber auch neue Technologien, die eine wirtschaftliche Entwicklung von der Geographie der Kohlevorkommen allmählich unabhängig machen sollten, begannen sich in Ostmitteleuropa zu verbreiten. Sventnilson führt eine beeindruckende Liste technologischer Erneuerungen auf, die zwar zum Teil schon vor 1918 entwickelt wor-

den waren, aber in Europa alle erst nach 1918 eine wirtschaftliche Anwendung fanden, darunter die Massenproduktion von Automobilen, die Nutzung von Elektrotechnik in der Landwirtschaft oder Kühltechnologien.³¹ Die Elektrifizierung machte Fortschritte, allerdings noch begrenzt auf die größeren Städte. So verzehnfachten etwa die Stadtwerke Warschau ihre Produktion zwischen 1919 und 1938.³² Tabelle 5 gibt einen kurzen Überblick zur Elektrifizierung Ostmitteleuropas im internationalen Kontext.

Tabelle 5: Elektrifizierung Ostmitteleuropas im internationalen Kontext: Schätzungen zur Produktion in Mio. kWh (in Klammern produzierte kWh pro Kopf)

	1923	1929	1938
Österreich	1,91 (0,29)	2,55 (0,38)	2,99 (0,44)
Polen	1,52 (0,06)	3,05 (0,11)	3,98 (0,13)
Tschechoslowakei	1,48 (0,11)	2,50 (0,18)	4,12(*) (0,29)
Ungarn	0,34 (0,04)	0,70 (0,08)	1,11 (0,12)
Deutschland	15,40 (0,25)	30,66 (0,47)	55,33 (0,81)
Großbritannien	10,27 (0,23)	16,98 (0,37)	33,77 (0,71)

Quelle: eigene Berechnungen nach Mitchell, *European Historical Statistics*, S. 479 ff. und Maddison (2007). (*) Angabe für 1937.

Obwohl auch hier Ostmitteleuropa seinen westlichen Nachbarn hinterherhinkte, ist die Dynamik der Entwicklung klar erkennbar. Schließlich soll noch kurz das Beispiel Bildung als Beleg für das Wachstumspotential Ostmitteleuropas nach 1918 angeführt werden, denn hier konnte der Rückstand zum Westen tatsächlich verringert werden. Ostmitteleuropa erlebte nach dem Krieg eine Welle von Universitätsgründungen, etwa Posen (1919), Lublin (1918), oder Brno (1920) und Pressburg (1919) sowie zahlreichen Gründungen von technischen und kaufmännischen Hochschulen. Allein die Zahl der Studierenden an Universitäten stieg im Vergleich zur Vorkriegszeit sprunghaft an. Waren es 1904 gerade zwei Studenten pro 10.000 Einwohner auf polnischem Gebiet, gab es 1928 bereits etwa 16 Studenten pro 10.000 Einwohner (in der Tschechoslowakei waren es etwa 22, in Ungarn 15, im Deutschen Reich 17 gegenüber zehn um 1904).³³ Benavot und Riddle zeigen in ihrer Untersuchung zur weltweiten Entwicklung der Elementarbildung, insbesondere des Anteils der Schüler an der Gesamtzahl der Kinder im schulfähigen Alter (hier fünf bis 14 Jahre), dass Ostmitteleuropa zwischen 1900 und 1935 gegenüber Nord- und Westeuropa enorm aufholen konnte.³⁴

31 I. Sventnilson, *Growth and stagnation in the European economy*, United Nations Economic Commission for Europe, Geneva 1954, S. 21.

32 J. Pilatowicz, *Dzieje elektrifikacji Warszawy*, Warschau 1984, S. 113.

33 Vgl. Die Angaben bei Mitchell, *European Historical Statistics* (Anm. 27), S. 771 ff.

34 A. Benavot / P. Riddle, *The Expansion of Primary Education, 1870–1940: Trends and Issues*, in: *Sociology of Education*, Vol. 61 (1988), S. 191–210.

IV. Potenzial und Desaster – Ostmitteleuropa als Koordinationsproblem

Das Jahr 1918 markiert wie gesehen ohne Zweifel einen fundamentalen „Politikwechsel“ hin zu mehr politischer Partizipation, der gerade in Ostmitteleuropa begleitet war vom Streben nach einer Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse und davon, zu Westeuropa aufzuschließen. Der Ausbau der Infrastruktur, die Einführung neuer Technologien und ein verbesserter Zugang zu Bildung waren Prioritäten aller Regierungen Ostmitteleuropas nach 1918 und sie verbesserten wohl auch langfristig das Entwicklungspotential der Region. Und doch gelang es keiner der Regierungen Polens, der Tschechoslowakei oder Ungarns die Lebensverhältnisse der Masse der Bevölkerung bis Ende der 1930er Jahre signifikant zu verbessern, ganz zu schweigen davon, den Rückstand im Pro-Kopf-Einkommen zum Westen zu verringern. Daher fällt es schwer, im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung einen klaren Strukturbruch um 1918 auszumachen. Es wäre sicherlich verfehlt daraus zu schließen, dass Politik ohne Einfluss auf wirtschaftliche Entwicklung gewesen sei. Vielmehr scheint das Stagnieren der wirtschaftlichen Entwicklung Ostmitteleuropas (wie auch Europas insgesamt), auf ein grundlegendes Koordinationsproblem zwischen den politischen Akteuren zurückführbar zu sein, das die wirtschaftliche Entwicklung lähmte. Dieses Koordinationsproblem wurde auch als eine der Ursachen der Weltwirtschaftskrise ausgemacht³⁵ und konnte erst nach einem weiteren Weltkrieg durch die Entstehung der Hegemonialmächte USA und UdSSR gelöst werden.

Die Regierungen Ostmitteleuropas hatten nach 1918 einen stark begrenzten Handlungsspielraum, um die Nachfrage nach öffentlichen Gütern und höherem Wohlstand zu befriedigen. Geprägt von den Nationalitätenkonflikten vor 1914 standen die Konzepte der Wirtschaftspolitik unter dem Einfluss des erfolgreichen Aufstiegs Deutschlands zur Wirtschaftsmacht und den Ideen Friedrich Lists.³⁶ Als prominenter zeitgenössischer Vertreter wirtschaftsnationalistischer Konzepte propagierte etwa Mihail Maniolescu die These, dass nur der Aufbau einer nationalen Industrie die wirtschaftliche Rückständigkeit Ostmitteleuropas beenden könne, und dass dieser Aufbau nur mit protektionistischen Maßnahmen erreicht werden könne.³⁷ Der wirtschaftliche und politische Aufstieg Deutschlands schien solche Vorstellungen zu bestätigen.³⁸ Zugleich trafen diese

35 B. Eichengreen, *Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919–1939*, New York 1992.

36 Vgl. Kubü, *Wirtschaftsnationalismus* (Anm. 19), S. 74 f.; J. Kofman, *Economic Nationalism and Development. Central and Eastern Europe between the Two World Wars*, Boulder 1997, S. 96.

37 Vgl. ebenda, S. 14 f.

38 Wenngleich das Thema an dieser Stelle nicht vertieft werden kann, möchte ich betonen, dass ein solcher Zusammenhang zwischen Nationalismus und „deutscher“ Industrialisierung zwar vermutet wurde (siehe Alexander Gerschenkron, *Economic backwardness in Historical Perspective. A book of Essays*, Cambridge, Massachusetts 1962, S. 25 ff.), dass er sich aber keineswegs nachweisen lässt. Siehe dazu K. Hardach, *Nationalismus – Die deutsche Industrialisierungsideologie?*, in: *Kölner Vorträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Heft 26, Köln 1976 und N. Wolf, „Was Germany ever united? Evidence from intra- and international trade, 1885–1933“, in: *Journal of Economic History* Vol. 69 (2009) 3, S. 846–881.

Vorstellung auf einen ausgeprägten und zunehmend aggressiven Revisionismus im Deutschen Reich, der Republik Österreich und Ungarn.

Wenn wir an dieser Stelle davon ausgehen, dass tatsächlich nur eine Industrialisierung die wirtschaftliche Lage Ostmitteleuropas absolut und relativ zu Westeuropa verbessern konnte, lag das zentrale Problem weniger in der Organisation des Außenhandels und Fragen von Freihandel versus Schutzzoll, als vielmehr im Zugang zu Kapital.³⁹ In vielen Bereichen konnten Investitionen in Ostmitteleuropa beträchtliche Renditen erwirtschaften, etwa beim Ausbau von Infrastruktur oder der Elektrifizierung. Die Kapitalkosten waren jedoch hoch, weil zum einen der heimische Kapitalstock pro Kopf gering war und damit zumindest kurzfristig nur begrenzte Mittel für eine Industrialisierung – ob privat oder staatlich finanziert – verfügbar waren.⁴⁰ Zum anderen waren für heimische wie auch für ausländische Investoren Kapitalanlagen in Ostmitteleuropa mit beträchtlichen Risiken behaftet. Diese Risiken entstanden aus politischen Konflikten zwischen den Staaten Ostmitteleuropas untereinander und mit ihren Nachbarn, bekanntlich bis hin zur Infragestellung der territorialen Integrität der neuen Staaten.⁴¹ Zugleich spielte aber die politische Instabilität innerhalb der neuen Staaten eine wichtige Rolle. Auch wenn das Problem allgemeiner gilt, soll im Folgenden das genannte Koordinationsproblem anhand des Zusammenhangs zwischen Industrialisierungspolitik, geldpolitischen Rahmenbedingungen Ostmitteleuropas und dem internationalen Kapitalmarkt dargestellt werden.⁴²

Der Bereich der Geldpolitik ist gut geeignet, Koordinationsprobleme der Wirtschaftspolitik darzustellen, weil hier eine klar begrenzte Anzahl von Akteuren vor einer verhältnismäßig eindeutigen Entscheidungssituation steht. Die Akteure sind Zentralbanken und Regierungen mehrerer Länder und die Entscheidungssituation lässt sich mit dem „macroeconomic policy trilemma“ beschreiben.⁴³ In einer kleinen offenen Volkswirtschaft stehen die politischen Akteure vor der Entscheidung, zwei der folgenden drei Optionen zu wählen. *Erstens* können sie Kapitalmobilität über die Staatsgrenzen hinweg zulassen; *zweitens* können sie den Wechselkurs der Landeswährung mit den wichtigsten Handelspartnern (die in der Regel auch die größten Investoren darstellen werden) stabilisieren; *drittens* können sie eine Geldpolitik betreiben, die sich unabhängig von der Außenwirt-

39 Vgl. A. Teichova, Aspects of Capital Accumulation in Interwar Central-East European Industry, in: History of European Ideas Vol. 3 (1982) 1, S. 79-93.

40 Diese Einschränkung galt auch dann, wenn Enteignung als politische Option betrachtet wurde.

41 Zu nennen ist hier der Umstand, dass keine Regierung der Weimarer Republik die Ostgrenze des deutschen Reichs mit Polen anerkannte, vgl. H. Schulze, Weimar: Deutschland 1917–1933, Berlin 1982.

42 Allgemein zur Problematik der internationalen Koordination von Wirtschaftspolitik siehe R. N. Cooper, Economic Interdependence and Coordination of Economic Policies, in: R. W. Jones/P. B. Kenen (Hrsg.), Handbook of International Economics, Vol. III, Amsterdam 1985, S. 1195-1234. Zum historischen Hintergrund im Europa der Zwischenkriegszeit siehe B. Eichengreen, International Policy Coordination in Historical Perspective: A view from the inter-war years, in: W. Buiter/R. Manston (Hrsg.) International Economic Policy Coordination, Cambridge 1985, S. 139-178.

43 Siehe dazu M. Obstfeld/J. C. Shambaugh/A. M. Taylor, The Trilemma in History: Tradeoffs among exchange rates, monetary policies, and capital mobility, in: The Review of Economics and Statistics Vol. 87 (3), August 2005, S. 423-438.

schaft an innenpolitischen Fragen wie kurzfristigem Wachstum, der Arbeitslosenquote oder der Staatsverschuldung orientiert. Es handelt sich mithin um ein „Trilemma“, denn es ist nicht möglich, alle drei Ziele gleichermaßen zu erreichen. Beispielsweise wäre bei grenzüberschreitender Kapitalmobilität und fixen Wechselkursen jeder Versuch, die Geldpolitik zur Finanzierung von Haushaltsdefiziten oder staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu instrumentalisieren, zum Scheitern verurteilt. Vielmehr müssen sich die politischen Akteure zwischen den drei Optionen „stabile Wechselkurse und Kapitalmobilität ohne geldpolitische Unabhängigkeit“, „stabile Wechselkurse mit geldpolitischer Unabhängigkeit und beschränkter Kapitalmobilität“ und „flexible Wechselkurse mit Kapitalmobilität und geldpolitischer Unabhängigkeit“ entscheiden. Beschreibt dies die Situation der Staaten Ostmitteleuropas für den Zeitraum 1900 bis 1936?

Um 1900 nahmen das Deutsche Reich, Russland und Österreich-Ungarn am internationalen Goldstandard teil und stabilisierten damit ihre Wechselkurse gegen den Goldpreis. Die internationale Kapitalmobilität war relativ hoch, und wenngleich die Zentralbanken direkt der Exekutive unterstellt waren, scheinen sie bis 1914 ihre Geldpolitik weitestgehend an der Stabilisierung des Goldwertes der Landeswährung ausgerichtet zu haben, nicht an innenpolitischen Zielen. Mit einigen Einschränkungen lassen sich auch alle drei Staaten als „offene“ Volkswirtschaften beschreiben, da Zollbarrieren für den Großteil des Außenhandels noch recht gering waren. Dass es sich auch um „kleine“ Volkswirtschaften handelte, lässt sich daran erkennen, dass Preisindizes und Konjunkturzyklen grenzüberschreitend korreliert waren, auch wenn innerhalb dieser Staaten und in ihrem Außenhandel seit den 1880er Jahren eine Zunahme an Handelsbarrieren sichtbar wurde. Damit kann der Goldstandard vor 1914 als politische Option im Rahmen des genannten Trilemmas für „stabile Wechselkurse und Kapitalmobilität ohne geldpolitische Unabhängigkeit“ betrachtet werden, die vor 1914 von den politischen Akteuren nahezu aller europäischen Staaten gewählt wurde. Mit dem Ersten Weltkrieg wurde das System des Goldstandards bewusst *vorübergehend* außer Kraft gesetzt.⁴⁴ Grenzüberschreitende Kapitalbewegungen wurden strengen Auflagen unterworfen und der politische Druck auf die Notenbanken wuchs während des Krieges. Der lange schwelende Nationalitätenkonflikt Ostmitteleuropas führte im Verlauf des Krieges zu einer radikalen Neukonfiguration der politischen Landschaft, insbesondere zum Aufstieg neuer politischer Akteure. Polen und die Tschechoslowakei formierten sich als parlamentarische Demokratien, in Österreich und dem Deutschen Reich wurde die Monarchie durch Republiken abgelöst, und nur in Ungarn konnte sich die alte konservative Elite an der Macht halten. Alle diese Regierungen standen unmittelbar nach Übernahme der politischen Macht vor dem finanziellen Bankrott. Die politische Antwort bestand in steigenden „Inflationssteuern“ durch Erhöhung der Geldmenge mit der Folge von Hyperinflationen in Österreich, Ungarn, dem Deutschen Reich und Polen zwischen 1921–23. Diese Diskreditierung der al-

44 Vgl. Eichengreen, *Golden Fetters* (Anm. 35), S. 69 ff.

ten Währungen sowie ein kompliziertes Netz von Staatsschulden und Reparationsforderungen ließ eine Wiederherstellung des Goldstandards in unerreichbare Ferne rücken. Auf den Konferenzen von Brüssel 1920 und Genua 1922 wurde dennoch der Versuch unternommen, das internationale System des Goldstandards wiederherzustellen und alle Staaten Ostmitteleuropas – die parlamentarischen Demokratien Polen, die Republik Österreich und die Tschechoslowakei ebenso wie das autoritäre Regime Ungarns unter Admiral Horthy – waren nach anfänglichem Zögern bemüht, in dieses System integriert zu werden. In deutlichem Gegensatz zur Situation vor 1914 war der innenpolitische Druck auf die Notenbanken nach 1918 jedoch gewaltig. Das galt nicht nur, aber doch in besonderem Maße für die Notenbanken Ostmitteleuropas. Zum einen war die Staatsverschuldung angesichts enormer Ausgaben für Wiederaufbau und Reorganisation sowie instabiler Steuereinnahmen zu Beginn der 1920er Jahre stark gestiegen. Gleichzeitig hatte der politische Druck nach einer verbesserten Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Sicherungssystemen und öffentlichen Gütern eine neue Dimension angenommen, nicht zuletzt durch die Angst der alten wie auch der neuen politischen Eliten vor einer Revolution nach russischem Vorbild. Und schließlich wurden die zwischenstaatlichen Beziehungen Ostmitteleuropas durch zahlreiche Konflikte um Minderheiten, Territorien, Eigentums- und Schuldforderungen belastet.

Es war die Erfahrung der Hyperinflation, die dazu führte, dass die ostmitteleuropäischen Staaten dennoch versuchten, in einen neuen internationalen Goldstandard integriert zu werden, denn nur so schienen sich die Währungen stabilisieren und die Staatshaushalte ordnen zu lassen. Ganz ungeachtet der Frage, ob dies von den politischen Akteuren so verstanden wurde, war diese Option für „stabile Wechselkurse und Kapitalmobilität ohne geldpolitische Unabhängigkeit“ aber höchst problematisch. Die Stabilisierung der Währungen und Neuordnung der Staatshaushalte wurde über Staatsanleihen finanziert, die an den internationalen Wertpapierbörsen gehandelt wurden und im Fall der vom Völkerbund vermittelten Anleihen an einige Auflagen gebunden waren. Zu diesen Auflagen gehörte es, die Unabhängigkeit der Notenbank von politischem Einfluss der Regierung sicherzustellen.⁴⁵

Vereinfacht kann man nun diese Auflagen als einen „Koordinationsmechanismus“ verstehen, der – wie zu sehen ist – auch für einige Jahre seinen Zweck erfüllte, bevor er zur Falle wurde. Die politischen Risiken nach 1918 schränkten die Kapitalmobilität ein. Die Vorgabe von außen, die stabilisierte Währung nicht für innenpolitische Zwecke zu manipulieren, senkte die Risikoaufschläge, die für den Zugang zu ausländischen Kapitalmärkten gezahlt werden mussten. Zugleich bewahrte die Institutionalisierung der Unabhängigkeit die Regierung zumindest kurzfristig davor, innenpolitischem Druck nachzugeben.⁴⁶ Österreich und Ungarn hatten als Kriegsverlierer keine andere Wahl als

45 Vgl. K. Wandschneider, *Central Bank Independence and Policy Performance: Central-East Europe 1919–1939*, PhD, University of Illinois at Urbana-Champaign, 2003.

46 Zum theoretischen Hintergrund siehe K. Rogoff, *The Optimal Degree of Commitment to an Intermediate Monetary Target*, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 100 (1985) 4, S. 1169–1189.

die Auflagen des Völkerbunds zu akzeptieren und isolierten ihre Zentralbanken mit den Reformen von 1922–1924 weitgehend von innenpolitischen Einflüssen – vermutlich zu ihrem eigenen Vorteil. Demgegenüber versuchten Polen und die Tschechoslowakei ihre Währungen zu stabilisieren, ohne ihre Notenbank dem innenpolitischen Zugriff vollkommen zu entziehen.⁴⁷

Wie unterschiedlich die Kosten des Kapitalzugangs für die verschiedenen Staaten Ostmitteleuropas waren, kann man aus den Renditen der Wiederaufbauanleihen für die jeweiligen Staaten gegenüber den nahezu risikofreien britischen Schatzbriefen („british consols“) ablesen. Nach Wandschneider (2003, S. 74) musste die polnische Regierung gegenüber dem strukturell ähnlichen Ungarn den politischen Einfluss auf die Notenbank mit Aufschlägen von ein bis zwei Prozentpunkten für Zugang zu ausländischem Kapital bezahlen. Die gemessen an den britischen Schatzbriefen hohen Renditen der amerikanischen Anleihe von 1925 und der Wiederaufbauanleihe von 1927 illustrieren zudem, welche innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten bei der Stabilisierung von Währung und Haushalt zu bewältigen waren.

Die polnische Übergangsregierung von 1918 hatte lediglich auf eine der fünf im Umlauf befindlichen Währungen im Land, die „polnische Mark“, Zugriff.⁴⁸ Nach Szturm de Sztrem (1924) stellte Seigniorage, also der reale Wert der zusätzlichen Geldmenge, den die Regierung verwenden kann um Ausgaben zu decken, im Jahr 1919 86 % der gesamten Einnahmen der polnischen Zentralregierung, 1920 noch 85% und 1921 73 %: obwohl also die gedruckte Geldmenge rasant stieg, nahm ihr Wert durch die galoppierende Inflation ab.⁴⁹ Nur mit der Erschließung neuer Kapitalquellen und einer umfassenden Währungsreform konnte dieser Teufelskreis durchbrochen werden. Polens neue Regierung unter Grabski versuchte dies 1924 ohne Zugriff auf Hilfe durch den Völkerbund um die damit verbundenen Auflagen zu vermeiden. Stattdessen wurde die Reform mit Sondersteuern auf Vermögen finanziert und der neue „Złoty“ (wörtlich Golden, so wie Gulden) zu einem fixen Kurs an den Schweizer Goldfranken gebunden.⁵⁰ Das Experiment schien zunächst – allen Prophezeiungen zum Trotz⁵¹ – zu gelingen, bevor Anfang des Jahres 1925 sowohl innen- als auch außenpolitische Schwierigkeiten auftauchten. In den ersten Monaten des Jahres 1925 liefen zahlreiche Regelungen des Versailler Vertrages aus, die das Deutsche Reich zwangen, Polen und andere Staaten in den Außenhandelsbeziehungen privilegiert zu behandeln, etwa ein Kontingent polnischer Kohle zollfrei

47 Siehe Wandschneider, *Central Bank Independence* (Anm. 45), S. 50 ff.

48 N. Wolf, *Path Dependent Border Effects: the Case of Poland's Reunification (1918–1939)*, in: *Explorations in Economic History* Vol. 42 (2005) 3, S. 414–438.

49 Vgl. T. Szturm de Sztrem, *Żywiołowość w opodatkowaniu: podatek inflacyjny* Instytut Gospodarstwa Społecznego, Warschau 1924.

50 Siehe W. Zbijewski, *Waluta Polska*, in: *Odrodzona Skarbowosc Polska*, Nakladem Stowarzyszenia Urzednikow Skarbowych RP, Warschau 1931, S. 173–181.

51 *Der Londoner Economist* etwa beschrieb Grabskis Reform so: “[It is] a break with counsels of caution in financial and monetary policy, and shows us a picture of young and inexperienced State, without even a tradition of settled monetary conditions, and without external help, attempting the difficult problems of financial reconstruction and currency reform concurrently.” Vgl. *The Economist*, 2 August 1924, S. 184.

einzuführen. Der damit beginnende „Handelskrieg“ zwischen Polen und Deutschland belastete die polnische Außenhandelsbilanz.⁵² Zugleich begannen Großgrundbesitzer die Sondersteuer zu boykottieren, so dass bis Ende des Jahres 1925 nur 20 % der geplanten Steuereinnahmen eingetrieben werden konnten.⁵³ Die Regierung griff schon im ersten Quartal 1925 auf das alte Instrument der Inflationssteuer zurück als sie damit begann, dass wachsende Haushaltsdefizit durch in Umlauf gebrachte ungedeckte Banknoten zu finanzieren. In Erinnerung an die letzte Inflation reagierte der Markt sofort und auch ein amerikanischer Rettungskredit konnte den Zusammenbruch der eben stabilisierten Währung Ende 1925 nicht verhindern. Bemerkenswerterweise war es der Staatsstreik Piłsudskis im Mai 1926, der (gemeinsam mit einer Verbesserung der Außenhandelsposition durch den britischen Bergarbeiterstreik im Juni 1926 und einer neuen internationalen Anleihe) die Märkte beruhigen und eine neue Goldparität des Złoty stabilisieren konnte. Weil dennoch die Notenbank institutionell von der Regierung beeinflussbar blieb, musste Polen weiter erhöhte Risikoaufschläge für den Zugang zu Kapital zahlen. Das Koordinationsproblem der Geldpolitik Ostmitteleuropas bestand damit kurz gesagt in der Quadratur des Kreises. Der Kapitalbedarf war enorm, der Zugang zu Kapital teuer. Die Option des Goldstandards „stabile Wechselkurse und Kapitalmobilität ohne geldpolitische Unabhängigkeit“ erleichterte den Zugang zu Kapital, stand aber als Lösung des „Trilemmas“ angesichts innenpolitischen Drucks und außenpolitischer Verwerfungen, welche die Zahlungsbilanzen belasteten, auf tönernen Füßen. Auch wenn die Jahre 1925–1929 den Anschein von Normalität erwecken und gerade 1929 sogar die Wachstumsphantasie der Börsen beflügeln konnten, wurde diese Instabilität Ende des Jahres 1929 dramatisch sichtbar. Die Weltwirtschaftskrise, die 1929 vermutlich durch zwei voneinander unabhängige Konjunktüreinbrüche zunächst im Deutschen Reich und kurz darauf in den USA ihren Anfang nahm,⁵⁴ ließ zwei Aspekte des internationalen Koordinationsproblems der Zwischenkriegszeit deutlich werden:

Zum einen entpuppte sich der internationale Goldstandard plötzlich als eine Falle – als zentraler Transmissionsmechanismus der Krise in Form von Deflation, dem nur schwer zu entkommen war.⁵⁵ Die Krise hätte durch expansive Geld- und Fiskalpolitik deutlich gemildert werden können, wenn diese Expansion international koordiniert worden wäre um Verschiebungen in den Goldparitäten und damit Abwertungsspiralen beziehungsweise Fluchtbewegungen des Kapitals zu verhindern.⁵⁶ Eben diese Koordination gelang aber nicht, weil sich alle Akteure einer Entscheidung zwischen Scylla und Charybdis gegenüber sahen und ihren Verhandlungspartnern nicht vertrauten. Das wird gerade am Beispiel Ostmitteleuropas deutlich. Für „Scylla“ stand die Entscheidung, am Gold-

52 L. Smith, The Złoty, in: *Journal of Political Economy* Vol. 44 (1936) 2, S. 145-183, hier S. 152.

53 Vgl. Z. Landau / J. Tomaszewski, *Zarys Historii Gospodarczej Polski 1918–1939*, Warschau 1999, S. 139.

54 Vgl. A. Ritschl, *Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre*, Berlin 2002; P. Temin, *The Beginning of the Great Depression in Germany*, in: *Economic History Review* Vol. 24 (1971), S. 240-248.

55 Eichengreen, *Golden Fetters* (Anm. 35), S. 258 ff.

56 Ebenda, S. 393).

standard und also offenen Kapitalmärkten und der alten Parität festzuhalten, um eine Kapitalflucht und eine Wiederholung der Inflationserfahrungen der frühen 1920er Jahre zu verhindern. Dies jedoch öffnete die Wirtschaft für die Krise im Ausland und importierte eine dramatische Deflation mit steigenden Reallöhnen und realen Zinsen, dem Zusammenbruch der Produktion und Arbeitslosigkeit. Die Alternative schien „Charybdis“, nämlich der Versuch sich von den internationalen Märkten abzukoppeln um durch expansive Geld- und Fiskalpolitik die heimische Wirtschaft zu stabilisieren. Geschah dies im nationalen Alleingang war damit die konkrete Gefahr einer neuen, chaotischen Inflation verbunden, was den Staaten Ostmitteleuropas jeden Zugang zu den Kapitalmärkten versperrt hätte.⁵⁷

Zweitens wurde mit dem Verlauf der Krise eine dezentrale Lösung der Koordinationsprobleme immer schwieriger, und mit der fortschreitenden politischen Radikalisierung, insbesondere nach der Machtergreifung Hitlers 1933 wohl ausgeschlossen.⁵⁸ Die Krise führte nicht zu einer Annäherung, sondern verschärfte die existierenden Spannungen weiter. Dem Deutschen Reich waren durch die Neuregelung der Reparationsfrage mit dem Young-Plan 1929 wirtschaftspolitisch die Hände gebunden.⁵⁹ Zwar wurde in Lausanne 1932 mit der Reparationsfrage ein wichtiges Problem der internationalen Beziehungen geregelt, aber die Krise hatte das Deutsche Reich und alle Staaten Ostmitteleuropas soweit destabilisiert, dass friedliche Lösungen bei den verbleibenden Fragen – etwa dem Status von Minderheiten, Grenzfragen oder der Rüstung – außer Sicht gerieten. Auch die wirtschaftspolitische Strategie, mit dem Instrument des Goldstandards Zugang zu Kapital für die Modernisierung der Wirtschaft zu erhalten, wurde durch die Schaffung von Handels- und Währungsblöcken abgelöst, die den bereits bestehenden politischen Allianzen folgten.⁶⁰ Nicht mehr der Zugang zu Kapital an sich, sondern der Zugang zu „freundlichem Kapital“ und ein Zurückdrängen von „feindlichem Kapital“ war das Ziel. In Polen etwa wurde der wirtschaftliche Einfluss deutschen und österreichischen Kapitals aus gutem Grund mit Sorge betrachtet. Das Kapital der polnischen Elektrizitätsindustrie stammte zu nahezu 75 % aus dem Ausland, darunter zu einem wesentlichen Teil aus Deutschland.⁶¹ Ebenso war der enorme Einfluss deutscher Banken in Polen, vor allem in Oberschlesien den polnischen Behörden suspekt. Die Krise erschien paradoxerweise als einmalige Chance, dies zu ändern. Im Jahre 1931 schrieb der polnische Sondergesandte in Paris, Mühlstein an Außenminister Zaleski:

57 Vgl. N. Wolf, Scylla and Charybdis. Explaining Europe's exit from gold, January 1928–December 1936, in: *Explorations in Economic History* Vol. 45 (2008) 4, S. 383-401.

58 Vgl. Ch. Stögbauer/J. Komlos, Averting the Nazi Seizure of power: a counterfactual thought experiment, in: *European Review of Economic History* Vol. 8 (2004) 2, S. 173-199.

59 Ritschl, Deutschlands Krise und Konjunktur (Anm. 54).

60 H. S. Ellis, Exchange Control In Austria and Hungary, in: *The Quarterly Journal of Economics* Vol. 54 (1939) 1, S. 1-185; A. Ritschl/N. Wolf, Endogeneity of Currency Unions and Trade Blocs: Evidence from the Interwar Period, in: CEPR Discussion Paper No. 4112, London 2003.

61 Vgl. F. Zarzycki [1933], *Zalacznik nr 4 do tajnego wniosku ministra przemyslu i handlu*, in: Z. Landau/J. Tomaszewski, *Kapitały Obce w Polsce 1918–1939. Materiały i dokumenty*, Warschau 1964, S. 46-48.

Solange die Lage normal war, war der Kampf mit den deutschen Banken sehr schwierig; aber jetzt, da der deutsche ‚Krach‘ deren Autorität erschüttert hat, wäre es eine politische Sünde, die Gelegenheit nicht zu ergreifen und zu versuchen, deutsches Kapital durch französisches Kapital zu ersetzen.⁶²

Ganz ähnlich wurde in der Tschechoslowakei nach 1933 verstärkt versucht, deutsches, österreichisches aber auch ungarisches Kapital durch französisches zu ersetzen.⁶³ Auch die Tatsache, dass Polen formell bis April 1936 auf dem Goldstandard blieb, ist keineswegs mit wirtschaftspolitischem Dogmatismus zu erklären,⁶⁴ sondern war ein Versuch den Zugang zu französischem und belgischem Kapital zu sichern, denn Belgien hielt bis März 1935 und Frankreich bis September 1936 am Goldstandard fest. Der polnische Finanzminister Zawadzki rechtfertigte seine Politik des Festhaltens am Goldstandard, die Polens Wirtschaftskrise vermutlich verschärft und verlängert hat, in einem Memorandum unter anderem damit, dass nur so Polen den Zugang zu französischen Rüstungskrediten sicherstellen konnte.⁶⁵

Noch während der Weltwirtschaftskrise verlagerte sich damit der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik Ostmitteleuropas von einer Industrialisierungs- hin zu einer expliziten Verteidigungs- bzw. Kriegspolitik, begleitet von Autarkieideologien und zunehmender Desintegration.⁶⁶ Was im Falle des Deutschen Reichs zunächst wie das Paradebeispiel eines keynesianischen Wirtschaftsaufschwungs aussah und sogar von Keynes so interpretiert wurde, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ein reiner Rüstungsboom.⁶⁷ Ganz ähnlich war der wirtschaftliche Aufschwung Polens mit dem enormen, staatlich finanzierten *Centralny Okręg Przemysłowy* wesentlich von Verteidigungs- und Rüstungspolitik geprägt.⁶⁸ Österreich und Ungarn gerieten zunehmenden unter den Einfluss der deutschen Großraumwirtschaft, während Polen und die Tschechoslowakei versuchten, ihre Beziehungen zu Frankreich zu intensivieren um diesem Einfluss zu entkommen. Die Tschechoslowakei profitierte zwar als einer der größten Exporteure von Rüstungsgütern von der Aufrüstung,⁶⁹ sie wurde allerdings auch mit dem Münchner Abkommen

62 Eigene Übersetzung eines Briefs von Muhlstein an den polnischen Außenminister Zaleski vom 8. August 1931. Zitiert nach: Z. Landau/J. Tomaszewski, *Kapitały Obce w Polsce 1918–1939. Materiały i dokumenty*, Warschau 1964, S. 315.

63 Vgl. A. Teichova, *An Economic Background to Munich. International Business and Czechoslovakia 1918–1938*, London 1974, S. 118.

64 Vgl. Z. Knakiewicz, *Deflacja Polska 1930–1935*, Warschau 1967.

65 Vgl. Wolf, *Scylla and Charybdis* (Anm. 57).

66 Ellis, *Exchange Control* (Anm. 69); A. Teichova, *Economic Policies in Interwar East Central Europe: Freedom and Constraints of Action*, in: *Uppsala Papers in Economic History, Research Report No. 8*, 1985; Ritschl/Wolf, *Endogeneity* (Anm. 60).

67 A. Ritschl, *Deficit Spending in the Nazi Recovery: A Critical Reassessment*, in: *Journal of the Japanese and International Economy* 16 (2002), S. 559–582.

68 G. Strobel, *Die Industrialisierung Polens am Vorabend des Zweiten Weltkriegs zwischen Innen- und Wehrpolitik*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* Vol. 24 (1975) 10, S. 221–271; Vgl. Landau/Tomaszewski, *Zarys Historii Gospodarczej Polski 1918–1939* (Anm. 53).

69 Vgl. K. Krause, *Arms and the State. Patterns of Military Production and Trade*, New York, Cambridge University Press 1992; P. Pavlinek, *Regional Development and the Disintegration of Czechoslovakia*, in: *Geoforum* Vol. 26 (1995) 4, S. 351–372.

vom September 1938 das erste Opfer der deutschen Großraumwirtschaft.⁷⁰ Insgesamt wird deutlich, dass auch der Aufschwung seit Mitte der 1930er Jahre also keineswegs als positiver Strukturbruch sondern vielmehr als Vorbote der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs zu sehen ist, die mit dem deutschen Überfall auf Polen im September 1939 ihren Anfang nahm.

V. Schlussbetrachtung: 1918 als Strukturbruch

Ist also das Jahr 1918 für eine sinnvolle Periodisierung der Entwicklung Ostmitteleuropas geeignet? Aus der Perspektive der Politikgeschichte scheint die Antwort einigermaßen trivial, nicht jedoch aus Perspektive der Wirtschaftsgeschichte, denn die üblichen Indikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf weisen kaum auf einen Strukturbruch um 1918 hin. Vielmehr lassen sich trotz aller dramatischer Veränderungen im politischen Bereich, trotz neuer Grenzen und der Demokratisierung weiter Teile Ostmitteleuropas überraschende Kontinuitäten in den wirtschaftlichen Strukturen aufzeigen. Beispielsweise hat sich das Muster der Handelsbeziehungen zwischen den Regionen Ostmitteleuropas zwischen 1885 und 1925 nur unwesentlich verändert.⁷¹ Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass auch der Bruch der politischen Strukturen von 1918 in den Nationalitätenkonflikten des 19. Jahrhunderts vorbereitet war, der unterschwellig und von den staatlichen Statistiken nicht klar erfasst das Wirtschaftsleben lange vor 1918 beeinflusste.

Was sich – wenngleich nicht 1918, so doch im Verlauf des Ersten Weltkriegs – veränderte, waren die Akteure und ihre Ressourcen und damit die Koordination ihrer Entscheidungen. Ich habe versucht am Beispiel des „macroeconomic policy trilemmas“ zu zeigen, wie sich diese Akteure zunächst weiter in den Bahnen der alten Sachzwänge bewegten, dass sich aber ihre Handlungsoptionen auf eine Weise verändert hatten, die vermutlich nicht sofort überblickt wurde. Einerseits hatte eine Vielzahl neuer Technologien den wirtschaftlichen Spielraum für Wohlstand schon Anfang der 1920er Jahre bedeutend erweitert. Aber die Stabilisierung der neuen Staaten und umso mehr deren nationale Entwicklungsstrategien waren aus Mangel eigener Ressourcen auf umfangreiche Kapitalimporte angewiesen. Anders als in der Zeit bis 1914 erforderten diese Kapitalimporte eine institutionelle Absicherung gegen gewachsenen innenpolitischen Druck auf die Geld- und auch Fiskalpolitik. Als es gegen Ende der 1920er Jahre den Anschein hatte, dass ein neuer Goldstandard etabliert worden sei, der den jungen Staaten Ostmitteleuropas einen wirtschaftlichen Aufstieg ermöglichen könnte, stellte sich plötzlich das alte Koordinationsproblem in völlig neuer Form. In der beginnenden Doppelkrise von 1929 hätte vermutlich nur eine international koordinierte geld- und fiskalpolitische Expansion Schlimmeres verhindern können. Das Misstrauen unter den Regierungen und

70 Teichova, *An Economic Background to Munich* (Anm. 63).

71 Heinemeyer/Schulze/Wolf, *Endogenous Borders?* (Anm. 11).

zugleich – in Erinnerung an die Hyperinflation der 1920er Jahre – die Sorge vor der Reaktion der eigenen Bevölkerung blockierte die Koordination solange, bis der innenpolitische Druck nicht mehr kontrolliert werden konnte. Die Folge war eine Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Fragmentierung, bis hin zu radikalen nationalen Alleingängen. Der Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland löste unmittelbar 1933 ein Wettrüsten aus, das sich im Zweiten Weltkrieg entlud. Die Ereignisse des Jahres 1918 markieren also alles andere als einen klaren Strukturbruch, sondern waren vielmehr Teil eines Strukturwandels, der vor 1918 begann und wohl sogar den Zweiten Weltkrieg einschloss. Dennoch bleibt 1918 ein sinnvoller Bezugspunkt, um diesen Strukturwandel zu verstehen. Mit Krzysztof Pomian: „les periodisations servent a rendre les faits pensables“ – erst durch Periodisierung können die Ereignisse interpretiert werden.